



“Michael Müller verkündet das Ende der Corona-Maßnahmen“ – das wäre die Überschrift, die wir gern über diesem Foto lesen würden. Aber dafür wird noch eine Menge Geduld nötig sein. Und so ist dieses Foto nicht mehr als eine kleine, sentimentale Erinnerung daran, wie es auf der Straße des 17. Juni einstmals vor dem März 2020 ausgesehen hat: Dichtes Gedränge auf der Fanmeile 2010 – dieser Tage unvorstellbar.

© visitBerlin, Frank Nürnberger

Die Corona-Krise stellt uns alle vor enorme Herausforderungen. Michael Müller sieht vier zentrale Aufgaben, die Land und Bezirke gegenwärtig bewältigen müssen: Schutz der Menschen vor dem Virus und eine gute Gesundheitsversorgung. Soziale Situation und soziale Folgen im Blick haben. Wirtschaft stabilisieren und Existenzen sichern. Und last but not least: Sicherstellen, dass Berlin nach der Krise wieder die weltoffene und vielfältige Metropole ist. **Seite 3**

Verkehrswende – ja, gerne. Städte für Menschen, nicht für Autos – klingt gut. 200 Euro für einen Bewohnerparkausweis – ja spinnen die denn? In diesem Spannungsfeld befindet sich die Verkehrspolitik in den Großstädten. Helmut Dedy beschreibt die Position des Deutschen Städtetages zu diesem oftmals sehr emotional diskutierten Thema **Seite 7**

Am besten darstellen und diskutieren lässt sich Verkehrspolitik am konkreten Objekt vor Ort, also auf bezirklicher Ebene. Für Charlottenburg-Wilmersdorf haben sich Alexander Sempf und Lothar Saßen die Situation genau angesehen und daraus ein Verkehrskonzept für den Bezirk entwickelt, dass nun in der BVV und mit den Initiativen im Bezirk besprochen werden soll. **Seite 8**

Michael Müller:
Gemeinsam durch die Krise
Seite 3

Cansel Kiziltepe:
Altschulden sind Hindernis
Seite 4

Raed Saleh:
Soldarisch die Krise meistern
Seite 5

Eva Högl:
Konsequent gegen rechts
Seite 6

Helmut Dedy:
Parkraumbewirtschaftung
Seite 7

Alexander Sempf:
Verkehrskonzept für CW
Seite 8

Stiftung Zukunft Berlin:
Handlungsfähige Region
Seite 9

Seniorenvertretung Mitte:
„... wäre drastischer Eingriff“
Seite 10

SGK

Optimistisch in die Zukunft blicken:

Die Jahreshauptversammlung der SGK Berlin findet am Freitag, 20. November 2020 statt.

Und zwar nicht als Videokonferenz, sondern so richtig in echt und 3D. Ort und Uhrzeit werden rechtzeitig bekannt gegeben.

**BITTE
VORMERKEN**

In eigener Sache

Das SGK forum in Zeiten von Corona

Liebe Leserin, lieber Leser,

natürlich gehen die Corona-Pandemie und ihre Begleiterscheinungen nicht spurlos an einer Zeitschrift wie dem „SGK forum“ vorbei. Corona bestimmt derzeit unser aller Alltag sowie auch fast vollständig das politische Leben, weltweit bis lokal.

Man merkt dieser Ausgabe des „forum“ ihre längeren redaktionellen Vorlaufzeiten an. Sie finden Texte, die nach Mitte März geschrieben sind. Thema: Corona. Und Sie finden Texte, die vor dem März zu Papier gebracht wurden – und plötzlich wirken, als kämen sie aus einem Parallel-Universum oder einer längst vergangenen Zeit. Was Sie nicht finden: All die Texte, die hätten geschrieben werden sollen, aber wegen Corona nicht mehr geschrieben wurden. Warum auch. Spielt gegenwärtig ohnehin keine Rolle, wenn es nicht mit Corona zu tun hat.

Wir haben uns als Redaktion entschlossen, aus dieser Ausgabe des „forum“ kein „Corona spezial“ zu machen. Es gibt zur Zeit nichts, was Sie als interessierter Beobachter des aktuellen Geschehens nicht bereits wüssten. Und es gibt auch nichts, was nicht bereits veraltet wäre, wenn es gedruckt vor Ihnen liegt.

Aber die Zeit für unser „Corona spezial“ kommt noch. Irgendwann entfaltet das Virus keine akute Wirkung mehr und das Leben kehrt in die ‚normalen‘ Bahnen zurück – jedenfalls für die, die

es zwischenzeitlich nicht aus der Bahn geworfen hat. Dann wird zusammengekehrt, analysiert und Bilanz gezogen, dann werden Schlussfolgerungen formuliert, Änderungsbedarfe festgestellt und die Kassen auf den Kopf gestellt. Das wird ein langwieriges und keinesfalls langweiliges Unterfangen werden.

Im Moment gehen wir uns aus dem Weg, schauen auf die stündlich aktualisierte Wasserstandsmeldung des RKI und üben, wie das mit den Videokonferenzen funktioniert. Immerhin: Berlin wird zur Zeit seinem Ruf nicht gerecht. Das Krisenmanagement funktioniert deutlich besser, als sich das die üblichen Kritiker und Unkenrufer gewünscht hätten.

Also: Tief durchatmen (durch die Maske selbstverständlich), Einkaufswagen abwischen, gesund bleiben und auf die Zeit danach freuen,

Ihre/Eure forum-Redaktion

Die nächste Ausgabe

Heft 104 erscheint im Oktober 2020.

Redaktionsschluss ist am 12.10.2020.

Redaktionelle Beiträge sind wie immer erwünscht. Bitte termingerecht per e-Mail an info@sgk-berlin.de schicken.



sumanley xulx / Pixabay

Impressum

Herausgeber:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin e.V. – SGK Berlin –
Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Tel 030 / 46 92 – 134, Fax 030 / 46 92 – 116

Vorsitzender: Horst Porath

Mail an Redaktion und Vorstand: info@sgk-berlin.de

Redaktion:

Sascha Schug (V.i.S.d.P.), Heiko Hanschke,
Hans-Ulrich Oel, Norbert Przesang

Satz & Layout: Heiko Hanschke

Druck: KSH

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Redaktion wieder.

Bankverbindung der SGK Berlin e.V.:

IBAN DE96 1005 0000 0190 5140 86
bei der Berliner Sparkasse

Unser Berlin gemeinsam durch die Corona-Krise steuern!

von Michael Müller

Die Corona-Krise stellt uns alle, Land und Bezirke, vor große Herausforderungen. Dabei rücken Bereiche unserer Verwaltung in den Vordergrund, die noch vor kurzem kaum im Blick der allgemeinen Aufmerksamkeit lagen. Während wir Anfang des Jahres noch darüber diskutierten, wie wir die Bezirke zur Durchsetzung des Mietendeckels organisatorisch und personell stärken können, sind es jetzt die Gesundheits- und Ordnungsämter, die in Corona-Zeiten in einem vollkommen neuen Umfang wichtige Aufgaben übernehmen müssen. Diese gilt es jetzt und auch zur Vorsorge nachhaltig zu stärken.

Insgesamt stehen wir in dieser Krise vor vier zentralen Herausforderungen:

Erstens: Wir müssen den Schutz der Menschen vor dem Coronavirus und eine gute Gesundheitsversorgung gewährleisten.

Hier müssen wir besonders eine reibungslose und ineinandergreifende Zusammenarbeit der Bezirke mit ihren jetzt wichtigen Gesundheitsämtern und dem Senats gewährleisten. Deswegen haben einzelne Hauptverwaltungen auch bereits angeboten, sie durch ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen, die zurzeit im Home-Office oder auf Abruf zuhause sind. Noch wird das nicht abgerufen, aber wir sollten die Option offenhalten. Wichtig ist es, bei Coronaverdacht schnell zu testen, Hausquarantäne zu verordnen und vor allem schnell einzugrenzen, wer mit einem positiv getesteten in Kontakt war. Da leisten unsere Gesundheitsämter sowie Amtsärztinnen und -ärzte seit Wochen eine hervorragende Arbeit, der großer Dank gebührt. Zentral bleibt, auch durch die einschneidenden Kontaktbeschränkungen Zeit zu gewinnen, damit die Intensivversorgung unserer Krankenhäuser mit den Corona-Notfällen Schritt halten kann. Und in Berlin haben wir mit unseren Investitionen in die Charité und Vivantes die richtigen Entscheidungen getroffen. Besonders jetzt beneiden uns andere Bundesländer darum, dass über 50% der Krankenhausbetten kommunal sind. Für die Zeit nach der Krise wissen wir, dass wir das nächste Mal noch besser vorbereitet sein müssen. Investitionen in unsere Gesundheitsversorgung, also unsere Krankenhäuser und bezirklichen Einrichtungen zur Gesundheitsvorsorge werden dabei eine große Rolle spielen.

Zweitens: Wir müssen die soziale Situation der Berlinerinnen und Berliner im Blick haben und die sozialen Folgen unserer Entscheidungen bedenken.

Wir werden weiterhin bei jeder Entscheidung die sozialen Folgen in unsere Überlegungen einbeziehen müssen. Die Kontaktbeschränkungen haben vielen Menschen eine bisher nicht gekannte Dezimierung ihrer sozialen Kontakte abverlangt. Besonders hart dabei, dass gerade ältere Menschen, die vom Virus besonders bedroht sind, sich auch von ihren Enkeln oder erwachsenden Kindern fernhalten sollen. Nun muss ganz genau abgewogen werden, wie viele Freiheiten trotz Corona weiter gewährt werden können. Die Wohnung für Bewegung und Sport zu verlassen gehört dazu. Gerade auch, weil es zur Vermeidung von Konflikten wichtig sein kann, den eigenen vier Wänden zu entfliehen. Der jetzt schon zu verzeichnende Anstieg häuslicher Gewalt macht uns dabei große Sorgen. Auch hier sind zum Beispiel die Jugendämter der Bezirke stark gefragt und brauchen schnelle Unterstützung. Wir werden nach der Überwindung der Krise noch lange spüren, wie außergewöhnlich die Auswirkungen der Corona-Krise für die ganze Gesellschaft sind und müssen bei unseren Hilfsangeboten nachsteuern. Dazu gehören Sorgentelefone genauso wie Kindernetzwerke und Frauenhäuser.

Drittens: Wir müssen sicherstellen, dass Berlin auch nach der Krise wieder die weltoffene und vielfältige Metropole ist, in der jeder sein Leben führen kann und die wieder Sehnsuchtsort für die Menschen aus aller Welt ist. Denn nur so können wir wieder an unseren Erfolg anknüpfen.

In den letzten Jahren sind allein bei StartUps und in der Digitalwirtschaft weit über 70.000 Arbeitsplätze entstanden. Viele davon sind nach Berlin gekommen wegen der besonderen Mischung dieser Stadt aus Weltoffenheit, Lebensfreude, Toleranz und Freiheit. Auch



Michael Müller

Regierender Bürgermeister von Berlin

© Senatskanzlei / Lena Giovanazzi

aufgrund dieser harten Standortfaktoren hat sich in Berlin eine einzigartige Wissenschafts- und Forschungslandschaft fest etabliert, die auch die Grundlage für unseren wirtschaftlichen Erfolg ist. Ansiedlungen wie die Siemensstadt 2.0 wären sicher schwieriger gewesen, ohne diese Standortvorteile als Garant dafür, dass in Berlin täglich an den Ideen, Antworten und Produkten der Zukunft gearbeitet wird. Es wird also für unseren Innovations- und Wirtschaftsstandort entscheidend sein, diesen Geist unseres modernen und weltoffenen Berlin nach der Krise wieder schnell lebendig werden zu lassen.

Und Viertens: Wir müssen die Wirtschaft stabilisieren und damit die Arbeitsplätze und Existenzen in unserer Stadt sichern.

Die Wirtschaft ist jetzt besonders auf den Staat angewiesen, der nicht gezögert hat, lange - auch kontrovers - diskutierte Grundsätze wie die Schwarze Null und die Schuldenbremse außer Kraft zu setzen, um umfangreiche Wirtschaftshilfen einzusetzen.

Es beweist sich jetzt: Nicht der Markt regelt alles. Natürlich sind die im Unrecht, die immer nur weniger Staat gepredigt oder unsere demokratischen Institutionen verächtlich gemacht haben.

Ein starker Staat ist jetzt mehr denn je gefragt, um der Wirtschaft, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, aber auch Selbstständigen und Kulturschaffenden die nötige Sicherheit zu geben, dass sie in der Krise nicht allein gelassen werden.

Und weil wir das wissen, hat auch Berlin gehandelt und hilft schnell und unbürokratisch.

Wir haben neben den Hilfsmaßnahmen des Bundes mit einem Berliner Schutzschirm auch ein eigenes Landes-Programm mit zurzeit mindestens eine Milliarde Euro für in Not geratene Unternehmen und Selbstständige aufgesetzt.

Wir bieten der Berliner Wirtschaft neben den KfW-Programmen des Bundes Berliner Liquiditätshilfen und Bürgschaften zur Überbrückung über die IBB an. Kulanz bei unseren Finanzämtern zu ausbleibenden Steuerzahlungen gehört ebenfalls zu unseren Unterstützungsmaßnahmen.

Gleichzeitig hat der Bund für seine verschiedenen Hilfen 156 Milliarden Euro in seinem Nachtragshaushalt eingestellt. Davon allein 50 Mrd. Euro für Einmalzahlungen an Selbstständige und kleine Unternehmen von 9.000 und 15.000 Euro je nach Größe.

Berlin selbst bietet ein eigenes Programm mit Zuschüssen von 5.000 Euro für Soloselbstständige und kleine Unternehmen, die mehrfach beantragt werden können. Die Maßnahmen können miteinander kombiniert werden.

Das ist wichtig, denn gerade viele Soloselbstständige im Digital-, Kreativ- und Kulturbereich, aber auch kleine Unternehmen und StartUps prägen das wirtschaftliche Rückgrat unserer Stadt. Das müssen wir erhalten.

Darüber hinaus ist für mich als Sozialdemokrat natürlich genauso wichtig, dass wir auch den vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ermöglichen durch die Krise zu kommen, ohne in Not zu geraten. Dafür sind für viele jetzt auch die vereinfachten Regelungen des Bundes für Kurzarbeitergeld wichtig.

Es ist richtig, wenn die Gewerkschaften sagen, dass in vielen Bereichen 60% des ausfallenden Lohns einfach nicht zum Leben reichen, und wenn man Kinder hat, sind 67% zu wenig. Hier muss dringend aufgestockt werden, wofür ich mich auch weiter einsetzen werde.

Das Corona-Virus und die Auswirkungen werden uns noch lange begleiten. Selbst, wenn wir zu unserem normalen Leben zurückkehren können, werden wir noch lange die wirtschaftlichen Folgen spüren. Zur Linderung werden wir auch weiter viel Geld einsetzen müssen. Die Länder und Kommunen werden zukünftig dringend Unterstützung des Bundes brauchen. Für die Kommunen war nie eine Entschuldung und Verhinderung einer zusätzlichen Verschuldung so wichtig wie jetzt.

Das Land Berlin und seine Bezirke werden weiter eng zusammenarbeiten müssen, um Berlin wieder in die Erfolgsspur zu bringen. Dafür werden wir vermutlich auch vor der Krise als wichtig angesehene Projekte zurückstellen müssen, um unsere Sozial- und Wirtschaftsstruktur wieder aufzubauen. Auch dabei wird es wichtig sein, gemeinsam zu handeln!

Altschulden sind ein Hindernis für Zukunftsinvestitionen!

von Cansel Kiziltepe

Es gibt in Deutschland einen gewaltigen Investitionsstau. Zahlreiche Schwimmbäder sind sanierungsbedürftig, öffentliche Gebäude nicht ausreichend energetisch isoliert, zu viele Ortschaften haben immernoch kein schnelles Internet und die Verkehrswege haben vielerort schon bessere Zeiten gesehen. Viele von diesen Aufgaben müssen von den Kommunen gestemmt werden. Der Umfang der notwendigen kommunalen Investitionen beläuft sich laut KfW-Kommunalpanel 2019 auf ca. 138 Mrd. €. Auch wenn die Corona-Krise uns im Moment vor akutere Probleme stellt, aus der Krise werden wir nur mit einer Investitionsoffensive kommen.

Der Bund und die Länder unterstützen die betroffenen Kommunen zwar immer wieder mit Investitionsprogrammen, aber diese reichen insbesondere für diese Kommunen nicht aus. Die meisten Investitionen werden aus Mitteln finanziert, die nach Bezahlen der gesetzlich notwendigen kommunalen Aufgaben noch übrig sind. Gerade vom Strukturwandel betroffene Regionen mussten erkennen, dass diese Restmittel oft kaum vorhanden sind. Auch die Corona-Krise wird diese Regionen nochmals besonders hart treffen. Es ist ein Teufelskreis, der beendet werden muss.

Wenn wir eine Lösung für die Altschulden finden, wäre ein wichtiger Grundstein dafür gelegt, dass die Kommunen wieder ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen können. Insgesamt beläuft sich der Altschuldenberg auf ca. 40 Mrd. Euro. Doch dafür brauchen wir Solidariät in unserem föderalen System. Der Bund könnte einen Teil der Schulden übernehmen, wenn sich die Gemeinden und Länder im Gegenzug zu einer guten Haushaltsführung in der Zukunft verpflichten. So ermöglichen wir den Kommunen wieder eigenständiger zu investieren. Mehr Investitionen sind notwendig, um unser Land zukunftsfest zu machen.



Cansel Kiziltepe
Mitglied des Deutschen Bundestages

Doch viele Kommunen haben ein Problem: Sie sitzen auf einem Berg von Altschulden. Oft ist dieser bereits in den 70er oder 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entstanden, als ihre Regionen einen rasanten Strukturwandel erlebten. Die Einnahmen nahmen rasant ab, gleichzeitig mussten zahlreiche Ausgaben weiterhin getätigt werden. Dementsprechend wurde in der Folge vor allem an Investitionen gespart, da hier die Auswirkungen nicht sofort zu sehen waren. Im Laufe der Zeit ist hierdurch ein gewaltiger Investitionsstau entstanden. Über 2.500 Gemeinden gelten als hochverschuldet und werden es nicht mehr aus eigener Kraft schaffen, diesen Schuldenberg abzutragen. Das sind keine guten Voraussetzungen, um gleichwertige Lebensverhältnisse in der ganzen Bundesrepublik sicherzustellen.

Binsenweisheit gefällig?

"Jede Zeitschrift ist nur so gut wie die Artikel, aus denen sie besteht"

Das Forum heisst nicht nur Forum, es ist auch eins. Die Redaktion nimmt gern Beiträge, Meldungen und Hinweise rund um die Berliner Kommunalpolitik entgegen:

info@sgk-berlin.de

Solidarisch meistern wir die Corona-Krise

von Raed Saleh

Die Corona-Krise fordert uns alle. Maßnahmen die vor einigen Wochen undenkbar gewesen wären, sind nun Teil unseres Alltags geworden. Die Straßen sind leer, Läden, Restaurants und Cafés haben geschlossen. Viele arbeiten aus dem Home-Office. Die Folgen, die die Berlinerinnen und Berliner zu tragen haben, sind enorm: Der Bäcker an der S-Bahn verkauft aufgrund der fehlenden Laufkundschaft kaum noch Brötchen. Das beliebte Straßencafé um die Ecke kann lediglich Kaffee to go anbieten. Der Taxifahrer hat kaum noch Kundschaft. Den Künstlerinnen und Selbständigen sind die Aufträge gänzlich weggebrochen und viele wissen nicht mehr, wie sie den nächsten Monat über die Runden kommen sollen. Existenzen sind bedroht, unsere Stadt lebt im Krisenmodus.

In dieser Zeit arbeiten viele Berlinerinnen und Berliner hart, damit diese Stadt weiter funktioniert. Ärztinnen, Pfleger und Rettungsdienstmitarbeiterinnen, die zurzeit massiv Überstunden machen, um dieser Krise zu begegnen und die Patienten bestmöglich zu versorgen. Feuerwehrleute und Busfahrerinnen, die ihre unter Quarantäne stehenden Kolleginnen und Kollegen ersetzen müssen und weiterhin rund um die Uhr auf den Straßen Berlins ihre wichtige Arbeit verrichten. Die Angestellten in den Lebensmittelläden der Stadt, welche nicht zu Hause im Home-Office arbeiten können, sondern tagtäglich in den Laden müssen, damit die Berlinerinnen und Berliner weiterhin versorgt sind. Und nicht zuletzt die Journalistinnen und Journalisten, die mit ihrer wichtigen Arbeit dafür sorgen, dass die Berlinerinnen und Berliner informiert bleiben und damit ruhig und besonnen auf diese außergewöhnliche Situation reagieren. Diesen und vielen weiteren in diesen Tagen hart arbeitenden Menschen, gebührt allerhöchster Respekt und tiefer Dank. Danke, dass Sie auch in diesen Tagen für uns und unsere Stadt da sind.

Ziel ist es, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen um Menschenleben zu retten

Wir haben den Handel bewusst heruntergefahren, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Immer wieder heißt es nun diese Maßnahmen könnten wir uns nicht leisten, es koste zu viel Geld, die Wirtschaft zu verlangsamen. Ich sage, hier geht es um mehr als Geld. Durch diese Maßnahmen bleibt unser Gesundheitssystem stabil und Menschenleben werden gerettet. Ein Abwägen von Menschenleben gegen Wirtschaftsleistung werden wir nicht zulassen. Durch diese Krise entstehen immense wirtschaftliche Schäden. Hier sehe ich es als unsere Aufgabe alles Mögliche zu tun, damit alle Berlinerinnen und Berliner bestmöglich durch diese gesundheitliche, soziale und wirtschaftliche Krise kommen. Deshalb werden wir als Arbeitgeber im Land Berlin mit gutem Beispiel vorangehen und unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch in dieser Phase anständig behandeln und bezahlen. Deshalb werden wir die Firmen, die Selbständigen und jeden einzelnen Bürger dieser Stadt unterstützen, damit der finanzielle Schaden dieser Krise möglichst klein bleibt. In dieser Krise benötigen wir eine krisenfeste politische Führung, die nichts auf die leichte Schulter nimmt, aber auch keine Panik befördert. Oberste Priorität hat dabei die Rettung von Menschenleben.

Das Wort der Stunde heißt Solidarität

Wir Berlinerinnen und Berliner kommen dann gut durch diese Krise, wenn wir einander solidarisch beistehen. Solidarität heißt zusammenrücken, sich unterstützen, füreinander einstehen. Während wir in normalen Zeiten auf die Straßen strömen, in Kontakt treten,

miteinander demonstrieren zeigt sich die Solidarität in dieser Zeit von einer anderen Seite. Solidarität heißt weiter umsichtig zu sein, füreinander da zu sein, sich um den Mitmenschen zu kümmern und zu sorgen. In der aktuellen Lage ist diese Solidarität wichtiger denn je. Aber die Ausprägung der Solidarität ist eine andere: Zuhause bleiben, heißt solidarisch zu sein. Die Großeltern nicht zu besuchen, heißt solidarisch zu sein. Abstand vor allen Mitmenschen zu halten,



Raed Saleh

Vorsitzender der SPD-Fraktion
im Abgeordnetenhaus

heißt solidarisch zu sein. Sich regelmäßig die Hände zu waschen, heißt solidarisch zu sein. Besonders für ältere Menschen, für Menschen mit Vorerkrankungen, ist diese Zeit gefährlich. Dadurch, dass wir unser soziales Leben radikal einschränken, schützen wir unsere Mitmenschen vor einer Infektion, die vor allem für die Risikopersonen tödlich sein kann. Hier ist es die Aufgabe jedes Einzelnen, verantwortungsbewusst und solidarisch zu handeln. Unser Handeln hat Konsequenzen und in dieser Zeit, können die Konsequenzen tödlich sein.

Tagtäglich sehe ich, wie die Berlinerinnen und Berliner solidarisch miteinander umgehen, wie sie gemeinsam an einem Strang ziehen. Es gibt Einkaufsdienste für die Nachbarn, vermehrt werden ältere Mitmenschen angerufen und Hilfe angeboten. Behalten wir diese Solidarität bei – sie gibt uns Kraft und wird uns und unsere Stadt sicher durch die Krise führen. Denn was Berlin auch immer ausgemacht hat, ist in schweren Zeiten die Ärmel hochzukrempeln, nicht zu lamentieren und die Gegenwart zu nehmen wie sie ist und mit unerschütterlichem Optimismus in die Zukunft zu gehen. Wir werden diesen schweren Weg zusammen durchstehen und wir werden am Ende des Weges stärker ankommen.

Noch kein SGK-Mitglied?

Das lässt sich ändern.

Beitrittserklärungen nimmt die Geschäftsstelle
der SGK Berlin gern entgegen.

E-Mail: info@sgk-berlin.de

Tel.: 030 / 46 92 – 134

Konsequent gegen Rechtsextremismus

von Dr. Eva Högl

Die Ermordung von Walter Lübcke, die Anschläge von Halle und Hanau – rechte Gewalt und rechter Terror hinterlassen eine Blutspur in unserer Gesellschaft. Und zwar seit Jahrzehnten. Wie die Brandanschläge von Mölln und Rostock-Lichtenhagen und die Mordserie des NSU verdeutlichen, reicht diese Blutspur bis in die 1990er Jahre – und noch viel weiter – zurück.

Rechte Gewalt ist eine echte und ernstzunehmende Gefahr für unsere Gesellschaft. Denn sie ist ein Angriff auf unsere Demokratie, unseren Rechtsstaat, auf uns alle. Sie gefährdet den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Dabei ist dieser Zusammenhalt gerade jetzt in Zeiten von Corona wichtiger denn je. Deswegen müssen wir gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus mit aller Konsequenz vorgehen – überall, jeden Tag und gerade jetzt.

Unmittelbar nach dem Anschlag auf die Synagoge in Halle hat die Bundesregierung ein umfassendes Maßnahmenpaket zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität beschlossen.



Dr. Eva Högl

Mitglied des Deutschen Bundestages,
Kreisvorsitzende der SPD Mitte

Ein Schwerpunkt ist dabei die Bekämpfung von rechtem Hass und rechter Hetze im Internet. Denn was mit Mord endet, nimmt seinen Anfang mit Worten – vor allem im Internet.

Auf sozialen Plattformen wie Facebook und Twitter grassiert der Hass von Rechts. Dort werden täglich Menschen beleidigt, verunglimpft und erniedrigt, eingeschüchert und bedroht. Besonders betroffen sind Menschen jüdischen und muslimischen Glaubens, Geflüchtete und Frauen. Unverhohlen posten, liken, teilen Rechtsextremist*innen volksverhetzende Inhalte und widerliche Gewaltfantasien. Das ist der sprachliche Nährboden, auf dem rechte Gewalt gedeiht und Realität wird. Diesen Nährboden wollen wir austrocknen.

Dafür hat Bundesjustizministerin Christine Lambrecht einen Gesetzentwurf auf den Weg gebracht, den wir derzeit im Bundestag beraten. Im Kern geht es darum, Straftaten im Netz konsequenter und effektiver zu verfolgen. Denn das Internet kann und darf kein rechtsfreier Raum sein.

Wir werden soziale Netzwerke stärker in die Verantwortung nehmen für das, was auf ihren Plattformen gepostet wird. Sie sollen strafbare Postings nicht mehr nur löschen, sondern in bestimmten schweren Fällen dem BKA melden. Dafür richten wir beim BKA eine Zentralstelle mit 300 qualifizierten Beamt*innen ein. So schaffen wir einen effektiven Weg, damit Hass-Straftaten konsequent vor Gericht gebracht werden können.

Zudem verschärfen wir das Strafrecht. Bedrohungen und Beleidigungen (im Netz) werden künftig härter bestraft. Wer schwere Straftaten billigt, wird dafür belangt werden können. Und: Antisemitische Tatmotive werden ausdrücklich als strafscharfende Beweggründe in das Strafgesetzbuch aufgenommen.

Daneben erhöhen wir den Schutz für Kommunalpolitiker*innen. Denn sie engagieren sich tagtäglich – oftmals ehrenamtlich – für unsere Demokratie. Und sie sind immer wieder und immer häufiger Beleidigungen und Angriffe ausgesetzt. Das können und dürfen wir nicht länger hinnehmen. Auch für sie soll künftig besonderer Schutz vor Verleumdungen und übler Nachrede gelten. Zudem werden wir es Kommunalpolitiker*innen ebenso wie ehrenamtlich Engagierten erleichtern, eine Auskunftssperre im Melderegister eintragen zu lassen.

Mit all diesen Maßnahmen senden wir ein klares Signal: Unsere Demokratie und unser Rechtsstaat sind wehrhaft. Gegen rechte Hetzer*innen und Gewalttäter*innen gehen wir mit allen rechtsstaatlichen Mitteln vor.

Klar ist aber auch: Die Mittel unseres Rechtsstaates sind begrenzt. Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist letztlich eine Aufgabe, die unsere gesamte Gesellschaft betrifft.

Ob auf Arbeit, in Sportvereinen, in der Nachbarschaft – wir alle sind gefragt, gegen rechten Hass und rechte Gewalt vorzugehen und anzugehen und damit für unsere Demokratie aufzustehen und einzustehen.

Bessere Wohnung gefunden? Günstigeres Bankkonto eröffnet? Frisch vermählt? E-Mail-Adresse gewechselt?

Die SGK Berlin gratuliert herzlich zu diesen erfreulichen Ereignissen.

Allerdings nicht, ohne auf die sorgenvollen Blicke unseres Schatzmeisters und Geschäftsführers hinzuweisen.

Die erfahren nämlich nichts automatisch von neuen Adressen, Kontodaten, Familiennamen – und dürfen dann mühsam nachforschen.

Daher:

Die SGK teilhaben lassen mit einer kurzen Mail an

info@sgk-berlin.de

Parkraumbewirtschaftung in den Großstädten – Ein kleiner Baustein zur Verkehrswende

von Helmut Dedy

Verkehrspolitik ist ein hochinteressantes Politikfeld. Wer sich dort engagiert, beschäftigt sich mit der Zukunft unserer Gesellschaft, mit der Gestaltung von Lebensräumen, mit der Perspektive unserer Innenstädte. Und Verkehrspolitik betrifft nahezu alle, Kurt Beck würde sagen, sie ist nah bei den Menschen. Vielleicht ist der letzte Aspekt auch der Grund dafür, dass die Freude an der Verkehrspolitik manchmal nachlässt, wenn sie allzu konkret wird. Verkehrswende – ja, gerne. Städte für Menschen, nicht für Autos – klingt gut. 200 Euro für einen Bewohnerparkausweis – ja spinnen die denn?

Beginnen wir mal mit der Verkehrswende. Heute fast geläufig, war dieses Ziel lange Zeit nicht unumstritten. Das war auch im Deutschen Städtetag so. 2018 haben wir nach einem intensiven Diskussionsprozess, bei dem uns die Agora Verkehrswende in Berlin gut beraten hat, ein Positionspapier „Nachhaltige Mobilität für alle – Bausteine für eine Verkehrswende aus kommunaler Sicht“ verabschiedet. Einstimmig, über alle Parteigrenzen hinweg. Und in dem Wissen, dass eine Verkehrswende keine Frage von Monaten oder Jahren ist, sondern von Jahren und Jahrzehnten – schaut man sich die Einstellungen zum Statussymbol Auto an, ist es vielleicht gar eine Frage von Generationen.



Helmut Dedy

Hauptgeschäftsführer des
Deutschen Städtetages

Ein Positionspapier ist nur ein Stück Papier, gewiss, aber für uns ein sehr wichtiges. Es behandelt ein breites Bündel an Maßnahmen für eine grundlegende Verkehrswende – etwa die Stärkung von Bus und Bahn, die immer wichtigere Rolle von Radfahren und Fußverkehr, eine digitale Verkehrslenkung, die Elektromobilität oder die Stadt-Umland-Verbindungen. Es geht aber auch um Parkraummanagement und das Bewohnerparken.

Wir haben in dem Papier „eine stringente lokale Parkraumpolitik und -bewirtschaftung im Zusammenwirken mit anderen regulierenden Maßnahmen“ empfohlen. Klingt abstrakt, wird aber sehr konkret. Es geht darum, den öffentlichen Raum aufzuwerten und perspektivisch Anreize zu setzen, auf andere Verkehrsmittel umzusteigen. Übrigens kann hier auch die Digitalisierung einen Beitrag leisten. Voraussetzung dafür ist ein diskriminierungsfreier Zugang zu den Informationen über verfügbaren Parkraum und zu Stellplätzen auf öffentlichen und privaten Flächen. Es müssen außerdem die technischen Schnittstellen standardisiert werden, um nicht weitere eigenständige Lösungen zu erzeugen.

Aber zurück zur Bewirtschaftung von Parkraum und damit zu den öffentlichen Räumen in der Stadt. Sie müssen letztlich so umgestaltet werden, dass es zu einer anderen Aufteilung von öffentlichen Flächen in den Städten zwischen allen Nutzern kommt. Um Missverständnissen vorzubeugen, es geht nicht nur um die verkehrliche Nutzung. Städte sind mehr als Parkplätze. Öffentliche Räume sind Orte der Begegnung, des Verweilens, vielleicht auch der Muße. Das Thema

geht tiefer. Welche Vorstellung haben wir von den öffentlichen Räumen in den Städten? Marc Augé, ein französischer Ethnologe etwa sagt, wir haben in den Städten systematisch „Nicht-Orte“ geschaffen. Nicht-Orte, an denen man nicht sein will – Schnellstraßen etwa, große Kreuzungen oder Parkhäuser. Diese „Nicht-Orte“ gibt es überall, in kleineren Städten und in größeren. Wir erkennen sie sofort, wenn wir sie sehen. Unser Bauch sagt, hier will ich nicht sein. Ändern wir das? Wollen wir dem Auto in unseren Städten ernsthaft so viel Platz gönnen wie bisher? Der Autoverkehr in den Städten wird zugunsten von mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität verringert werden. Vermutlich brauchen wir einen neuen Blick auf die Stadt. Wir brauchen Städte für Menschen.

Wie gesagt, die Freude an der Verkehrspolitik lässt nach, wenn die Folgen konkreter werden. Die Kehrseite einer Neuaufteilung der öffentlichen Räume in der Stadt ist die Knappheit der Parkplätze. Zusätzliche Parkplätze im öffentlichen Raum oder mehr private Stellplätze sollte es dann eigentlich nicht geben. Das kommunalpolitische Tagesgeschäft wird damit nicht einfacher. Dazu gehört auch das Bewohnerparken. Vermutlich müssen wir uns eingestehen, dass manche Entscheidungen und Beschlüsse über den Bestand an Stellplätzen oder zum Bewohnerparken aufgeschoben, vertagt oder nur halbherzig getroffen wurden.

Bei den Entscheidungen und der verkehrspolitischen Gestaltung hat es Berlin übrigens leichter als andere Städte. Berlin ist Land und hat die Kompetenzen des Landesgesetzgebers. Köln, München oder Stuttgart müssen dazu immer auch ihre jeweilige Landesregierung überzeugen.

Die private Nutzung des öffentlichen Raums ist auch heute schon durch Sondernutzungssatzungen bepreist. Der Tisch vor der Kneipe kostet. Auch der Bewohnerparkplatz kostet. Nur genießt das Parken bisher ein Privileg, das sich auch im Preis ausdrückt. Der Bewohnerparkausweis darf zwischen 10,20 Euro und 30,70 Euro kosten – wohlgerne pro Jahr und seit 30 Jahren unverändert. Das hat der Bund so festgelegt. Warum eigentlich der Bund? Diese Preise decken inzwischen häufig nicht einmal mehr die anfallenden Kosten für Schilder, Ausweise und so weiter.

Wenn die Städte weniger Autos in der Innenstadt wollen, dann wird kein Weg daran vorbeiführen, den Umbau der öffentlichen Räume wie auch die Bepreisung seiner Nutzung durch Autos zu thematisieren. Um die größten Konflikte in der Umstellungsphase zu glätten ist auch denkbar, bislang untergenutzte Stellplätze von Discountern, Tiefgaragenplätze und Parkhäuser außerhalb von Geschäftsstunden für das Bewohnerparken nutzbar zu machen

Der Deutsche Städtetag sieht daher nach Jahrzehnten des Stillstands bei der Bepreisung des Parkens im öffentlichen Raum einen Preiskorridor für den Bewohnerparkausweis im Bereich von 20 bis 200 Euro pro Jahr. Das ist immer noch ein Bruchteil dessen, was andere europäische Städte aufrufen. Und die Städte selbst sollen entscheiden, was sie für angemessen halten.

Der erste Versuch der Umsetzung im Wege der Änderung der Straßenverkehrsordnung scheiterte im Wesentlichen an der aus Sicht des Bundesverkehrsministers überzogenen Forderung der Länder nach einem Höchstbetrag von 240 Euro im Jahr. Wie gesagt, die Freude an der Verkehrspolitik lässt nach, wenn die Folgen konkreter werden. Beim jetzigen Zustand aber wird es nicht bleiben. Der Verkehr in den großen Städten wird sich über die Jahre grundlegend verändern.

Verkehrskonzept für Charlottenburg-Wilmersdorf

von Alexander Sempf

Berlin wächst und damit nehmen auch Verkehr und Umweltbelastungen zu. Für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf hat die SPD-Fraktion in der BVV nun einen Entwurf zur Weiterentwicklung des bezirklichen Verkehrskonzepts erarbeitet.

Bei der Erstellung haben wir uns von folgenden Gedanken leiten lassen: Kieze sollen vom Durchgangsverkehr entlastet, Schulwege sicherer gestaltet, Liefer- und Wirtschaftsverkehre neu gedacht und Fußgänger*innen mehr in den Blick genommen werden. Mit dem Konzept wollen wir den Verkehr im Bezirk sicherer und zukunftsgewandter neu ausrichten.

Kieze vom Durchgangsverkehr entlasten.

Bei der Mobilität der Zukunft muss auch an die gedacht werden, die in unserer Stadt wohnen und durch zunehmenden Verkehr belastet werden. So müssen zum Beispiel unsere Kieze vom Durchgangsverkehr entlastet werden, um durch weniger Lärm und saubere Luft, ein besseres Klima und lebenswertere Kieze bieten zu können. Durch geschickte Steuerung könnte im ganzen Bezirk auch eine höhere Verkehrssicherheit erreicht werden, denn es darf keine Gefahr sein, zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs zu sein. Neben dem Ziel bis spätestens 2030 alle Hauptverkehrsstraßen in Charlottenburg-Wilmersdorf mit Radverkehrsanlagen hoher Qualität auszustatten, sollen diese u.a. durch ein bezirkliches Radverkehrsnetz ergänzt werden.

Schulwege sicherer gestalten.

Ein wichtiger Schwerpunkt beim Thema Verkehrssicherheit ist die kontinuierliche Verbesserung der Schulwegsicherheit. Wir setzen uns für temporäre Sperrungen von Straßen vor Beginn und am Ende der Unterrichtszeiten ein, um das Umfeld von Schulen ruhiger und sicherer zu gestalten. Bereits in den Haushaltsberatungen 2019 wurden finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um die Schulwege aller Grundschulen im Bezirk zu prüfen und geeignete Maßnahmen vorzuschlagen. Die ersten Umsetzungen sollen möglichst noch in dieser Wahlperiode erfolgen und dann zügig fortgesetzt werden.

Liefer- und Wirtschaftsverkehre neu denken.

Gerade der Liefer- und Wirtschaftsverkehr hat in den letzten Jahren drastisch zugenommen - nicht zuletzt durch die vielen Online-Bestellungen. Durch intelligente Konzepte soll es möglich werden, Warenlieferungen zu bündeln und letztendlich zu reduzieren. Dabei helfen können Lastenfahrräder, Kiezboxen (Paketsammelboxen) und Ladezonen.

Fußgänger*innen in den Blick nehmen.

Die Bedürfnisse von Fußgänger*innen müssen zukünftig wieder stärker in den Blick genommen werden. Neben der Erhöhung der Sicherheit spielt hier vor allem die Barrierefreiheit eine Rolle. Mehr Sitzangebote, Absenkungen von Bordsteinen und übersichtlichere Kreuzungen können hier helfen. Wir setzen uns auch dafür ein, dass bei Ampeln die Grünphasen für Fußgänger*innen verlängert werden. Bei der Verwendung der Mittel für die Unterhaltung des öffentlichen Straßenlandes müssen die Bedürfnisse von Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen gleichberechtigt berücksichtigt werden. Um den Bedürfnissen von Fußgänger*innen bei der Verkehrsplanung Gehör zu verschaffen, möchte die SPD-Fraktion zukünftig einen „FußRat“ (ähnlich dem bestehenden „FahrRat“) als beratendes Gremium einrichten.

Mitverantwortung der Anwohner*innen

Um die Akzeptanz von verkehrlichen Veränderungen zu erhöhen,

müssen diese gut kommuniziert, diskutiert und im Ergebnis daraus gegebenenfalls auch verändert werden. Der FahrRat hat sich als Gremium ebenso bewährt wie die Zusammenarbeit mit lokalen Initiativen, beides soll weitergeführt werden. In die Erarbeitung von verkehrlichen Maßnahmen sollten das Kinder- und Jugendparlament sowie die bezirkliche Seniorenvertretung eingebunden werden.



Alexander Sempf, SPD-Fraktionsvorsitzender, und Lothar Saßen, stellv. SPD-Fraktionsvorsitzender, in Charlottenburg-Wilmersdorf

Wir denken alles zusammen

Neben den oben genannten Punkten gibt es noch weitere Bausteine für eine moderne Verkehrspolitik für den Bezirk:

Verkehrsvermeidung ist nur dann möglich, wenn Verkehrspolitik als integraler Bestandteil der Stadtentwicklungspolitik verstanden wird. Die Nahversorgung sowie die kleinteilige Erschließung von bezirklichen Zentren muss gestärkt werden. Auch sollte immer eine integrierte Standortplanung bei der Ansiedlung von Unternehmen mit erheblicher Verkehrserzeugung erfolgen. Als wichtigster Punkt aber gilt die Wiedergewinnung und Neuausrichtung des öffentlichen Raums durch Neugestaltung und Qualifizierung von Stadtplätzen.

Charlottenburg-Wilmersdorf lebt auch von seinen Großveranstaltungen. Ob auf dem Breitscheidplatz in der City-West oder im Olympiastadion in Westend: Für Großveranstaltungen sollen zukünftig Konzepte erarbeitet werden, um Verkehre besser zu steuern und Autoverkehr bestmöglich zu vermeiden.

Über die bezirklichen Maßnahmen hinaus wollen wir, dass sich das Bezirksamt noch stärker beim Senat für den Ausbau von ÖPNV und alternativen Angeboten einsetzen: Verringerung der Taktseiten bei Bus und Bahn, eine bessere Anbindung der außerhalb des S-Bahn-Rings gelegenen Gebiete sowie der Ausbau der Car-Sharing-Angebote.

Unsere Ideen für den Bezirk haben wir vor kurzem der Öffentlichkeit vorgestellt. Nun werden wir sie in der BVV und mit Initiativen aus dem Bezirk diskutieren.

Das gesamte Konzept befindet sich auf unserer Webseite:

<https://www.spd-fraktion-cw.de/artikel/verkehrskonzept-fuer-charlottenburg-wilmersdorf>

Die Hauptstadtregion handlungsfähig machen

Papier der Stiftung Zukunft Berlin, Februar 2020

Präambel

Berlin und Brandenburg bilden eine gemeinsame Region. Sie ist funktional intensiv verflochten. Sie zeichnet sich durch sehr unterschiedliche und sich ergänzende Stärken aus. Diese vielfältige Region ist ein Glück, eine Chance und eine Verpflichtung für alle, die in ihr leben und in ihr gesellschaftliche und politische Verantwortung tragen.

Diese gemeinsame Region verlangt eine organisatorische Antwort, die den Möglichkeiten und den Aufgaben in dieser Metropolregion gerecht wird. Den politisch Verantwortlichen und Interessierten aller Entscheidungsebenen in Berlin und Brandenburg muss eine Organisation zur Verfügung stehen, in der sie gemeinsam die Chancen und Herausforderungen der Gesamtregion nicht nur punktuell, sondern flächendeckend und kontinuierlich zur Sprache bringen und bearbeiten können. Erforderlich ist eine Organisation, die beide Landesregierungen ebenso wie die dezentralen Kompetenzen in beiden Bundesländern sowie die zivilgesellschaftliche wie wirtschaftliche Initiativen („gesellschaftliche Repräsentanten“) in Berlin und Brandenburg einbezieht.

Es geht nicht darum, in die demokratischen Rechte und Pflichten der beteiligten Gebietskörperschaften einzugreifen. Es geht aber darum, sie auf das Gelingen der gemeinsamen Aufgabe „Hauptstadtregion“ in einer zu vereinbarenden und sodann verbindlichen Weise zu verpflichten,

Aufgabe der in der Hauptstadtregion politisch und gesellschaftlich Verantwortlichen ist deshalb, eine Organisation „Regionalrat“ zu schaffen.

- in der sie Ziele und Maßnahmen von regionaler Bedeutung gemeinsam erörtern
- sowie mit einfacher oder qualifizierter Mehrheit Empfehlungen beschließen können,
- zu denen die jeweils ablehnende Minderheit förmlich durch ihre zuständigen Gremien Stellung nehmen muss.

Zur „Gesellschaftsform“ des Regionalrates gehört auch, dass dessen Arbeit grundsätzlich öffentlich, „vor aller Augen“ geleistet wird und dass darüber hinaus gesellschaftliche Repräsentanten beider Bundesländer Gelegenheit erhalten, die Arbeit des Regionalrates zu kommentieren und regelmäßige Anregungen mit ihm zu erörtern.

A Regionalrat

1. Die Aufgabe

des Regionalrats ist eine gemeinsame flächendeckende strategische Ausrichtung der Entwicklung und Entwicklungsplanung in der Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg

- unter Einbeziehung:
 - beider Landesregierungen,
 - der Kreise und kreisfreien Städte Brandenburgs,
 - der Kommunen Brandenburgs,
 - der Stadtbezirke Berlins
- mit dem Ziel (nach Erörterung mit gesellschaftlichen Repräsentanten) gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustauschs einschließlich freiwilliger Verabredungen und Kooperationen, sowie Erörterungen mit gesellschaftlichen Repräsentanten,
- sowie eines gemeinsamen Auftretens und gemeinsamer Initiativen der Region,

- mit einem Vorschlagsrecht für (in anderen Zuständigkeiten) zu beschließende verbindliche Kooperationen und Projekte und des Rechts zur Stellungnahme zu „größeren“ (enumerativ festgelegten oder in ihrer Größenordnung beschriebenen) Planungsvorhaben und Entwicklungsmaßnahmen in der Region.

2. Die Gremien des Regionalrats sind:

- eine mindestens zweimal im Jahr tagenden Vollversammlung,
- ein neunköpfiges Exekutivgremium
- und eine Geschäftsführung
- regional- oder themenbezogene Arbeitsgruppen („Dialogforen“)

Die Vollversammlung besteht aus:

- je 3 Mitgliedern der beiden Landesregierungen,
- je einem Vertreter der in den Landesparlamenten vertretenen Parteien,
- 3 Landräten/Oberbürgermeistern,
- 3 Bezirksbürgermeister,
- 6 Bürgermeistern und
- je einem Vertreter kommunaler Kooperationsverbände.

Diese Mitglieder werden jeweils durch die von ihnen vertretenen Ebenen entsandt.

3. Der Regionalrat handelt nach außen durch sein Exekutivgremium. Das Exekutivgremium wird geleitet von je einem Vertreter der beiden Landesregierungen sowie einem Vertreter der Brandenburger kommunalen Ebene.

Es besteht darüber hinaus aus zwei weiteren Mitgliedern der Brandenburger kommunalen Ebene sowie je einem Vertreter der Landesparlamente, der kommunalen Kooperationsverbände und der Berliner Bezirke.

Das Gremium beschließt mehrheitlich, jedoch nicht gegen die Stimme eines Vertreters der beiden Landesregierungen. Es tagt auf Antrag eines der drei Vorsitzenden, im Übrigen turnusmäßig viermal im Jahr.

B Anlass und Ziel

Es geht um eine Organisation, die für das gemeinsame Wollen und die gemeinsame Zukunft der Region (die, so in der Vereinbarungen zur „Hauptstadtregion“ festgelegt, das Gebiet beider Bundesländer umfasst) steht. Sie will nicht in bestehende Zuständigkeiten eingreifen. Sie will vielmehr diese durch Kooperationen, durch eine Ordnung für Problemlösungen und Initiativen wirksamer machen.

In den Gremien des Regionalrats herrscht mit Absicht ein Übergewicht der kommunalen Ebene. Es soll ein Gremium sein, das „von unten“, also im Wortsinn demokratisch getrieben wird. Das Gewicht der Landesebene ist demgegenüber ohnehin vorgegeben durch die Kraft Ihrer Zuständigkeiten (einschließlich der parlamentarischen Kontrolle). Ihre Souveränität bleibt durch das Vetorecht unangetastet.

Unterzeichnet von Prof. Dr. Harald Bodenschatz, Prof. Dr. Klaus Brake, Dr. Volker Hassemer, Stiftung Zukunft Berlin, Aljoscha Hofmann, Council for European Urbanism Deutschland e.V., Jutta Kalepky, Karsten Knobbe, Dr. Friedemann Kunst, DASL Landesgruppe Berlin-Brandenburg, Tobias Nöfer, Thomas Thurn, Sabine Toepfer-Kataw

„... wäre ein drastischer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte“

Seniorenvertretung Mitte befürchtet Altersdiskriminierung im Zuge der Corona-Maßnahmen

In einem Rundbrief „Informationen für Berliner Seniorinnen und Senioren“ wendet sich der Berliner Senat speziell an die älteren Berlinerinnen und Berliner mit Verhaltensratschlägen und Hinweisen auf Hilfs- und Unterstützungsangebote während der Corona-Pandemie (siehe rechts die erste Seite des Schreibens).

Hierin werden die Seniorinnen und Senioren gebeten, ihre Wohnung möglichst nicht zu verlassen und externe Unterstützung für Besorgungen in Anspruch zu nehmen. Für die Aufrechterhaltung der sozialen Kontakte wird auf das Telefon, auf das Internet (Skype, WhatsApp) sowie auch auf die Briefpost hingewiesen.

Dieses Schreiben, ganz sicher in freundlichster und bester Absicht verfasst und ganz sicher in seiner empfehlenden Art auch hilfreich und nützlich, hinterlässt bei vielen Seniorinnen und Senioren trotz-

dem einen zwiespältigen Eindruck, da hier die Möglichkeit einer Sonderbehandlung anklingt, die durch manche öffentliche Äußerung untermauert wird: Dass gefährdeten Personengruppen das Verlassen der Wohnung nicht nur nicht empfohlen, sondern amtlich untersagt werden könnte. Wobei die Definition dieser Personengruppen in den verschiedenen Äußerungen höchst variabel ausfällt.

Diese Befürchtung kommt sehr zugespitzt in einer Zuschrift an eine Berliner Abgeordnete zum Ausdruck, die der Redaktion vorliegt: „(...) Sollen wir Alte weggesperrt werden, damit Susi Sorglos die Nächte im Berghain durchtanzen kann? (...)“.

Die Seniorenvertretung Mitte sieht diese Überlegungen ebenfalls mit Sorge und hat den Rundbrief des Senats zum Anlaß genommen, eine Antwort darauf zu verfassen, die wir hier dokumentieren:

Antwort der Seniorenvertretung Mitte (SVM) zu den „Informationen für Berliner Seniorinnen und Senioren“

Wir wissen als Seniorenvertretung Mitte um die großen Herausforderungen an alle Menschen in unserem Land und unterstützen grundsätzlich die großen Einschränkungen, die zur Eindämmung von Covid-19 nötig sind.

Wir sind aber gegen die Kasernierung alter Menschen in ihren Wohnungen. Seniorinnen und Senioren, die keine Angehörigen haben, verlieren mit dem Verbot, die Straße zu betreten, die letzten sozialen Kontakte.

Einsamkeit macht krank. Die Menschen sterben entweder an Covid-19 oder an der Einsamkeit.

So sieht das auch Jeff Johnson, Direktor der AARP (Amerikanische Gesellschaft für Menschen im Ruhestand) des Staates Florida, wenn er schreibt:

„Durch das Coronavirus haben wir eine Krankheit, die auf ältere Menschen abzielt. Der beste Weg sie zu beschützen ist, sie

zu isolieren. Indem wir die sozialen Kontakte begrenzen, bringen wir sie aber in eine Lage, die sie langsam töten kann. Was für eine Wahlmöglichkeit!“

Internet-Telefonie wie Skype oder „Messenger“ wie WhatsApp sind für viele alte Menschen in unserem Bezirk nicht zugänglich. Auch die Post ist kein Ersatz, weil wegen Überlastung kaum noch zugestellt wird. Bringe- und Lieferangebote sind überlastet und haben bereits lange Wartezeiten.

Seniorinnen und Senioren als einzige Gruppe der Gesellschaft zu separieren, wäre ein drastischer Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Wir halten das für Altersdiskriminierung.

Elisabeth Graff

Vorsitzende der Seniorenvertretung Mitte

In enger Zusammenarbeit mit der AG Bewohnerbeiräte der SVM

15. April 2020



Literaturtipp:

Die Werte der Franzosen

Ereignisse wie die Gelbwestenbewegung, die massiven Streiks gegen die Rentenreform, die wachsende Identitätskultur und die anhaltend starke Wählerbasis rechtspopulistischer Parteien sind Indizien für eine Ausdifferenzierung der französischen Gesellschaft, die den Schluss nahelegen, dass die soziale Kohäsion und die kollektiven Bindungen zwischen den verschiedenen gesellschaftlichen Schichten schwächer geworden sind. Doch eine auf die individuellen Werte der Französischen und Franzosen und ihre Entwicklung in der Zeit fokussierte zeichnet ein Bild, das alarmierende Interpretationen der jüngsten Entwicklungen im Nachbarland relativiert.

Diese Untersuchung bietet einen differenzierteren Blick auf die heutigen Einstellungen in Frankreich zu Familie, Arbeit, Religion, zu den Anderen oder auch zur Demokratie. Sie gibt Antworten darauf, wie die Veränderungen der Werte und Einstellungen sich im Kontext einer allgemeinen Unzufriedenheit mit dem politischen System und seinen Institutionen interpretieren lassen.

Ein aktueller Blick auf unsere europäischen Nachbarn – heute vielleicht wertvoller und wichtiger denn je.

Die 18-seitige Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung steht online unter <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/paris/16085.pdf> zur Verfügung.

Informationen für Berliner Seniorinnen und Senioren

Die Corona-Krise stellt uns vor große Herausforderungen und verlangt uns große Einschränkungen ab. Für ältere Menschen und Personen mit Vorerkrankungen ist das Coronavirus mit dem Namen COVID-19 besonders gefährlich. Daher bitten wir Sie, die Vorgaben des Landes und des Bundes zwingend einzuhalten. Auf diese Weise können Sie sich am besten vor COVID-19 schützen.

Wir bitten Sie:

- Um die Ansteckungsgefahr für sich selbst zu minimieren, sollten Sie Ihre Wohnung möglichst nicht verlassen.
- Versuchen Sie, soziale Kontakte über das Telefon oder über das Internet zu pflegen (z. B. per Internet-Telefonie wie Skype oder „Messenger“ wie WhatsApp). Auch die Post liefert weiterhin Briefe und Postkarten aus.
- Rufen Sie wenn möglich andere ältere Menschen in Ihrem Umfeld an und erkundigen Sie sich, wie es diesen geht. Informieren Sie sie über die hier aufgeführten Hilfsangebote.
- Wenn Sie sich unwohl fühlen, rufen Sie Ihren Arzt zunächst an, bevor Sie ihn aufsuchen.
- Gehen Sie möglichst nicht zur Apotheke. Falls Sie ein Medikament benötigen, fragen Sie Nachbarn oder Familienmitglieder, ob diese für Sie Medikamente besorgen können.
- Nehmen Sie Bring- und Lieferangebote von Supermärkten, Familie und/oder Nachbarn in Anspruch.
- Verringern Sie körperliche Nähe zu anderen Personen (insbesondere zu Gleichaltrigen und Enkelkindern).
- Halten Sie mind. 1,5 m Abstand (Abstandsregel) zu anderen Menschen, die nicht in Ihrem Haushalt leben.
- Achten Sie darauf, die Nies- und Hustenetikette und die allgemeinen Hygienehinweise einzuhalten (die auch bei normalen Grippeviren gelten):
 - regelmäßiges und gründliches Händewaschen über eine Mindestdauer von 20 Sekunden
 - nicht in die Hand niesen, sondern in die Armbeuge
 - sich so wenig wie möglich mit den Händen ins Gesicht fassen
 - Händeschütteln vermeiden
 - Abstand zu Erkrankten halten
 - häufiges Lüften der Innenräume
- Lassen Sie keine fremden Personen in Ihre Wohnung, wenn Sie deren Vertrauenswürdigkeit nicht überprüfen können. Geben Sie niemals höhere Geldbeträge an Fremde.

Zögern Sie nicht, die Polizei unter der Nummer 110 anzurufen, wenn Sie sich unsicher sind!
- Nutzen Sie die Hilfsangebote in Ihrer Nachbarschaft oder die hier aufgeführten Angebote.

Beitrittserklärung

zur Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Berlin e.V.

Hiermit erkläre ich mit Wirkung zum _____ meinen Beitritt zur SGK Berlin e.V.

Name, Vorname

Straße, Hausnr.

PLZ, Ort

Bezirk

Tel. privat

Mobil-Tel.

Tel. dienstlich

Fax

E-Mail-Adresse

Geburtsdatum

Beruf, beschäftigt bei

Ich bin Mitglied

der BVV

Bürgerdeputierte/r

des Bezirksamtes

im Bezirk _____

des Abgeordnetenhauses Berlin

des Deutschen Bundestages

Die Speicherung und Verarbeitung der Daten erfolgt ausschließlich für die Zwecke der Mitgliederverwaltung (Art.6 Abs.1 DSGVO).
Dazu erkläre ich mit meinem Beitritt meine Zustimmung.

Berlin, den _____ Unterschrift _____

Einwilligungserklärung

Ich bin damit einverstanden, dass die SGK Berlin die hier gemachten Adressangaben verwendet, um mit mir in Kontakt zu treten und mich über die Arbeit der SGK Berlin zu informieren. Diese Einwilligung kann ich jederzeit widerrufen.

Berlin, den _____ Unterschrift _____

Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die SGK Berlin e.V. (Gläubiger-ID-Nr. DE81ZZZ00001076181), Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der SGK Berlin e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Meine Mandatsreferenz teilt mir die SGK Berlin separat mit. Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Mein monatlicher Mitgliedsbeitrag in Höhe von

2,00 Euro

(Erwerbslose, Azubis, Studenten)

4,50 Euro

(Regelbeitrag)

9,00 Euro

(Abgeordnete, Bezirksamtsmitglieder)

wird halbjährlich zur Mitte des Halbjahres per Lastschrift eingezogen. Enthalten ist der Mitgliedsbeitrag an die Bundes-SGK.

Kontoinhaber (Name, Vorname)

IBAN

bei Kreditinstitut

Zahlung ab (Monat / Jahr)

Berlin, den _____ Unterschrift _____

Per Post an: SGK Berlin e.V., Müllerstr. 163, 13353 Berlin

Per Fax an: 030 / 46 92 - 116

Per E-Mail an: info@sgk-berlin.de